Ressort: Gesundheit

SPD setzt sich für neues Abtreibungsrecht ein

Berlin, 24.11.2017, 01:00 Uhr

GDN - Die SPD-Fraktion fordert eine schnelle Reform des Abtreibungsrechts: Das Werbeverbot für Schwangerschaftsabbrüche schaffe in der ärztlichen Praxis große Unsicherheit. Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Eva Högl regte an, den entsprechenden Strafrechtsparagrafen "komplett zu streichen".

Die SPD-Fraktion werde "schnell die Initiative ergreifen", sagte Högl den Zeitungen der Funke-Mediengruppe (Freitagausgaben). Am Freitag steht die Allgemeinärztin Kristina Hänel in Gießen vor Gericht. Ihr wird ein Verstoß gegen Paragraf 219a ("Werbung für den Abbruch der Schwangerschaft") vorgeworfen. Hänel informiert über ihre Internetseite darüber, dass sie in ihrer Praxis Schwangerschaftsabbrüche vornimmt. Der Prozess zeige, dass Rechtsunsicherheit bestehe, erklärte Högl. "Das bedeutet, dass wir als Gesetzgeber in jedem Fall Handlungsbedarf haben." Diese Unsicherheit müsse beseitigt werden. Es könne nicht sein, dass ein bloßer Hinweis auf legales ärztliches Handeln dazu führe, dass gegen Ärzte ermittelt werde.

Bericht online:
https://www.germandailynews.com/bericht-98105/spd-setzt-sich-fuer-neues-abtreibungsrecht-ein.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:
Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:
United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com